

Auswirkungen der globalisierungskritischen Protestbewegung: Institutionelle Reformen, ein neues Politikverständnis und postkoloniale Nachfragen

Ziai, Aram

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ziai, A. (2021). Auswirkungen der globalisierungskritischen Protestbewegung: Institutionelle Reformen, ein neues Politikverständnis und postkoloniale Nachfragen. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 41(1), 12-42. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Aram Ziai

Auswirkungen der globalisierungskritischen Protestbewegung Institutionelle Reformen, ein neues Politikverständnis und postkoloniale Nachfragen

Keywords: global protest, alterglobalisation, international financial institutions, reform, internationalism, neoliberalism, conception of politics, postcolonial critique, social movements

Schlagwörter: globaler Protest, Globalisierungskritik, internationale Finanzinstitutionen, Reform, Internationalismus, Neoliberalismus, Politikverständnis, postkoloniale Kritik, soziale Bewegungen

In dem Artikel „WTO: Trump ist nur der Vollstrecker der Antiglobalisierungsbewegung“¹ argumentiert der SPIEGEL-Kolumnist Henrik Müller – Professor für Wirtschaftsjournalismus an der TU Dortmund, vorher Vizechefredakteur des Manager Magazins – dass der „Niedergang der liberalen Weltordnung“, personifiziert in Donald Trump, mit der Globalisierungskritik der späten Neunziger und der „erste[n] große[n] Antiglobalisierungsdemo“ zum WTO-Gipfel in Seattle 1999 begann. Seither sei der Multilateralismus allgemein und die WTO, die laut Müller „die Wirtschaftsgrößmächte einbremsen und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung begründen sollte, indem sie allgemeinen Regeln zur Geltung verhälfe“, zugrunde gerichtet worden. Diese These ist aus mindestens zwei Gründen problematisch.

Zum einen wandte sich die globalisierungskritische Protestbewegung der 1990er nie – wie die Anhänger_innen Trumps – gegen Globalisierung oder Multilateralismus oder Liberalismus per se, sondern gegen eine neoliberale Globalisierung der Weltwirtschaft im Interesse multinationaler Unternehmen. Die fehlende Differenzierung zwischen politischem Liberalismus (individuelle Freiheitsrechte) und wirtschaftlichem Liberalismus (Freihandel) lässt die Gegner_innen einer Globalisierung der Weltwirtschaft – die im

1 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wto-donald-trump-ist-nur-der-vollstrecker-der-antiglobalisierungsbewegung-a-d739c469-f646-45d5-b6fd-9bfccccc4cd54>, letzter Aufruf: 9.2.2020.

globalen Wettbewerb Arbeitsrechte und Umweltschutz zu Standortnachteilen erklärt – als Gegner_innen der Freiheit schlechthin erscheinen. Kritik am Neoliberalismus wird so zur Befürwortung eines autoritären Nationalstaats umgedeutet, eine Denkfigur, die Eingriffe in den Markt als Angriff auf die Demokratie interpretiert.

Zweitens war der Zweck der WTO nie, „die Rechte der Stärkeren zu begrenzen“, wie Müller behauptet. Im Gegenteil: sie war eine Manifestation der Kräfteverhältnisse im Welthandel und setzte die Rechte der Stärkeren durch. Sichtbar ist dies daran, dass sie im Unterschied zum Vorgänger, dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) auch den Bereich der Dienstleistungen umfasste, der den Banken, Versicherungen und Unternehmen des Nordens besonders am Herzen lag. Die WTO ist dabei der „Nicht-Diskriminierung“ verpflichtet, das heißt sie verpflichtet zur Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Akteuren – auch wenn letztere ungleich kapitalkräftiger und wettbewerbsfähiger sind und die einheimische Konkurrenz vom Markt drängen. Dies wird auch sichtbar in dem für den Süden wichtigen Bereich der Agrarsubventionen, in dem die WTO zwar Liberalisierungen in Aussicht stellte, de facto aber durch Ausnahmeregelungen („green box“ und „blue box“) den Industriestaaten des Nordens weiterhin erlaubte, ihre Landwirtschaft und ihre Agrarkonzerne mit umfangreichen Zahlungen vor der Konkurrenz aus dem Süden zu schützen bzw. ihnen sogar Dumpingexporte ermöglichte (Lal Das 1998; Dunkley 2000). Und auch wenn es China und wenigen Schwellenländern gelang, aufgrund strategischer Wirtschaftsregulierung und eines großen Binnenmarkts beeindruckende weltmarktinduzierte Wachstumsprozesse in Gang zu setzen (May u.a. 2014), bleibt die liberale Welthandelsordnung trotz unbeabsichtigter Nebeneffekte primär ein Mittel, Industrialisierungsprozesse im globalen Süden für die übergroße Mehrheit massiv zu behindern (Chang 2003).

Zwar könnte die These vertreten werden,² dass im Rückblick rechtsnationale Populisten aus der Kritik an der neoliberalen Weltordnung Kapital geschlagen haben. Auf eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Thematik muss in diesem Beitrag aus Platzgründen verzichtet werden, aber Walden Bello diskutiert in vorliegendem Heft u.a., wie „die Rechte die Deglobalisierung gekapert hat“ (s. in diesem Heft, S. 94ff). Mir scheint insgesamt die Verantwortung für die Popularität rechtspopulistischer Parteien mehr bei den durch diese Ordnung hervorgerufenen sozialen Verwerfungen und auch bei den diese Ordnung mittragenden sozialdemokratischen Parteien zu liegen – und nicht bei den Kritiker_innen dieser Ordnung. Und grade hinsichtlich der Frage der Demokratie könnte der Gegensatz zwischen der

2 Diesen Hinweis verdanke ich einem der beiden Gutachten.

basisdemokratischen Protestbewegung und Trumps autoritärem Nationalismus kaum größer sein (was auch im übernächsten Abschnitt ausgeführt wird).³ Dass ein angesehenes Presseorgan unwidersprochen behaupten kann, die globalisierungskritische Protestbewegung habe Trump den Boden bereitet, deutet allerdings darauf hin, dass ihre tatsächlichen Auswirkungen in der Öffentlichkeit wenig präsent sind. Und selbst in der Wissenschaft lässt sich feststellen, dass nach zahlreichen Veröffentlichungen v.a. in den frühen 2000er Jahren⁴ nur wenige neuere Forschungen auffindbar sind (z.B. Habermann 2014; Sen 2018 a & b) – und auch deren Fokus liegt meist auf der „Hochzeit“ der Gipfelproteste 1998-2001. Dies hängt sicher damit zusammen, dass die Proteste gegen die Weltwirtschaftsgipfel nach dem 11. September 2001 thematisch vom weltweiten „Krieg gegen den Terror“ verdrängt und sicherheitspolitisch eingeschränkt wurden. Die zwischen 50.000 und 75.000 Menschen, die anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg 2017 für „grenzenlose Solidarität“ demonstriert haben, weisen jedoch darauf hin, dass ihr Mobilisierungspotential auch heute noch aktuell ist. Daher hat sich die von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierte Nachwuchsforschungsgruppe „Protest und Reform in der globalen politischen Ökonomie aus postkolonialer Perspektive“ des Themas angenommen.

Vor diesem Hintergrund fragt der vorliegende Beitrag aus dem Abstand von zwei Jahrzehnten nach der erwähnten Hochzeit 1) nach der Abgrenzung gegenüber früheren internationalistischen Protestbewegungen im Hinblick auf ihr Politikverständnis und ihre Entscheidungsprozesse, 2) nach den langfristigen Auswirkungen, die die globale Protestbewegung auf die globale politische Ökonomie und insbesondere die von ihr kritisierten Institutionen gehabt hat, sowie 3) aus postkolonialer Perspektive nach den Machtverhältnissen zwischen Akteuren des Nordens und des Südens innerhalb der Bewegung. Zuvor jedoch ist zu klären, was genau mit dem Etikett der globalen Protestbewegung gemeint ist.

3 Auf der Grundlage von mehr als 3000 repräsentativen Befragten auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz und den G8-Protesten in Genua kommt die Studie von Massimiliano Andretta u.a. (2003: 201) zu dem Schluss: „Zwar kamen und kommen die Bedenken über die Liberalisierung der Märkte und die Homogenisierung der Kultur auch in religiösem Fundamentalismus oder in einem konservativen Protektionismus zum Ausdruck, diese Spielart der Kritik der Globalisierung ist jedoch in der Bewegung nicht präsent, die im Gegenteil ein klar linkes Profil besitzt.“ Nur 0,4 % der Befragten gaben ihre politische Orientierung mit „Mitte-rechts“ oder „rechts“ an und 0,8 % mit „Mitte“ (ebd.: 200).

4 Abramsky 2001; Waterman 2001; Mies 2001; Bewernitz 2002; Mertes 2002; Walk & Boehme 2002; Attac Deutschland 2002; Grefe u.a. 2002; Andretta u.a. 2003; Klein 2003; Anand u.a. 2004; Brand 2005; Marchart & Weinzierl 2006; Notes from Nowhere 2007; Maeckelbergh 2009.

Die globalisierte Protestbewegung gegen neoliberale Globalisierung

Als Reaktion auf die Konsequenzen der ökonomischen Globalisierungsprozesse (s. z.B. Stiglitz 2002; Chossudovsky 2002; SAPRIN 2004) entstand in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine neue weltweite Protestbewegung, nur wenige Jahre nachdem das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) und die Alternativlosigkeit des neoliberalen Kapitalismus verkündet worden war. Diese Konsequenzen wurden von vielen Menschen als Bedrohung wahrgenommen, als Bedrohung von sozialen und ökologischen Standards oder gerade im Norden auch von mühselig erstrittenen Arbeitnehmerrechten, die man sich im globalen Standortwettbewerb vermeintlich nicht mehr „leisten“ konnte. Besonders betroffen von den Auswirkungen von neoliberalen Reformen waren Frauen, die u.a. den Abbau sozialstaatlicher Dienstleistungen durch vermehrte Reproduktionsarbeit kompensieren mussten (Sparr 1994; Wichterich 1998). Dementsprechend kam es seit Mitte der 1990er Jahren vielerorts zu Protesten gegen die Institutionen der globalen Wirtschaftspolitik, allen voran Weltbank, IWF und WTO, wie in Genf 1998, Seattle 1999, Prag 2000 oder Genua 2001.⁵ Ausgangspunkte waren 1994 die Proteste in Washington anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Weltbank („50 Years is enough!“, Danaher 1994) und v.a. der Aufstand der Zapatistas gegen die mexikanische Regierung⁶ (dem auch eine Revolution der Frauen in der Bewegung vorausgegangen war, Trzeciak & Meuth 2013). Allerdings führte die neoliberale Politik auch in Westeuropa zu zivilgesellschaftlichem Widerstand (Abramsky 2001). Während die Bewegung zunächst als Globalisierungsgegner bzw. als Anti-Globalisierungsbewegung bezeichnet wurde („No globals“, Andretta u.a. 2003), setzte sich zunehmend der Begriff der globalisierungskritischen Protestbewegung durch (bzw. in Frankreich der der „altermondialistes“), der präziser erfasste, dass der Protest keine grundsätzliche Rückkehr zum Nationalstaat zum Ziel hatte, sondern sich primär gegen den Neoliberalismus und den globalen Wettbewerb wandte, ansonsten aber sehr weltoffen war und eine „Globalisierung von unten“ forderte (Boehme & Walk 2002: 9; Mies 2001).⁷

Transnationale Vernetzungen dieser (bisweilen auch als „Global Justice Movement“ titulierten) Protestbewegung lassen sich in den weltweit

5 Mit der Bewegungsforschung ließe sich von einem Protestzyklus bzw. einer Protestwelle sprechen (Steinhilper & Anderl 2018: 307f).

6 REDaktion 1997; Brand & Ceceña 2000; Muñoz Ramirez 2004; Kerkeling 2006.

7 Die Webseite www.gegen-globalisierung.de hingegen wurde zu der Zeit von der NPD betrieben.

koordinierten Protestaktionen gegen Freihandel und der von den mexikanischen Zapatistas inspirierten Plattform *People's Global Action* (PGA) erkennen, in der *Association pour la taxation des transactions financières à l'aide des citoyens*, kurz Attac, und in den als Gegenentwurf zum Davoser Weltwirtschaftsforum entstandenen Weltsozialforen, die in Porto Alegre ihren Ausgangspunkt nahmen.⁸

Der Bewegungsforscher Dieter Rucht vertritt die These, dass die globalisierungskritische Protestbewegung schon deutlich vor den 1990er Jahren entstanden sei (Rucht 2002a: 50, 2002b: 61-63). Er begründet dies mit dem Verweis auf Proteste, die sich bereits seit Mitte der 1980er Jahre gegen G7-Gipfel (20-30.000 Demonstrant_innen in Bonn 1985) oder Jahrestreffen von Weltbank und IWF (80.000 Demonstrant_innen in Berlin 1988) richteten. Dies wirft die Frage auf, inwiefern zehn Jahre später von einer neuen Bewegung die Rede sein kann bzw. ob wir es nicht vielmehr mit einer älteren Protestbewegung in der Tradition des Internationalismus (Köbler & Melber 2002; Hierlmeier 2002; Fischer & Zimmermann 2008) zu tun haben.

Eine neue globale soziale Bewegung?

Politikverständnis und Entscheidungsprozesse

Trotz inhaltlicher Verwandtschaft mit der internationalistischen Solidaritätsbewegung der 1980er Jahre (und möglicherweise auch personeller Überschneidungen) möchte ich, u.a. mit Achim Brunnengräber (2006), die These einer neuen Qualität der globalisierungskritischen Protestbewegung vertreten: Zum einen, weil der technische Fortschritt eine deutlich stärkere globale Vernetzung des Protests und somit einen stärkeren globalisierten Charakter der Bewegung ermöglichte. Durch die Nutzung neuer Kommunikationsmöglichkeiten (Internet, E-Mail, Handys) hatte die globale Vernetzung der Akteure innerhalb der Bewegung eine qualitativ neue Stufe erreicht: Dass am ersten „Global Action Day“, dem 16. Mai 1998, zeitgleich und koordiniert in 49 Städten auf der ganzen Welt von Ankara bis Zürich Proteste gegen Neoliberalismus und konzerngesteuerte Globalisierung sowie für Selbstbestimmung stattfanden, war ebenso ein Novum wie die Tatsache, dass drei Monate vorher auf der ersten PGA-Konferenz in Genf 400 Abgesandte von Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen aus 56 Ländern zusammentrafen und ein Manifest ihres Netzwerks abstimmten (Habermann 2014: 49, 42). Den globalen Charakter der Bewegung prägte

⁸ Waterman 2001; Bewernitz 2002; Walk & Boehme 2002; Attac Deutschland 2002; Grefe u.a. 2002; Andretta u.a. 2003; Anand u.a. 2004; Brand 2005; Marchart & Weinzierl 2006; Notes from Nowhere 2007; Habermann 2014.

auch, dass als Reaktion auf die sich verschiebenden Kräfteverhältnisse im Prozess der neoliberalen Globalisierung deutlich stärker als früher die Institutionen der globalen politischen Ökonomie in den Fokus genommen wurden und eine Demokratisierung dieser Institutionen und globale soziale Rechte einforderte (Maeckelbergh 2009: 9-11).

Zum anderen aber möchte ich argumentieren, dass die Bewegung geprägt war von einem Politikverständnis, das als pluralitäts- und diversitätsaffin, hierarchie-, avantgarde- und repräsentationskritisch sowie basisdemokratisch und konsensorientiert beschrieben werden kann.

Akzeptanz von Pluralität und Diversität

Merkmal dieser globalen Protestbewegung war vor allem die gelungene Koalition von Gruppen aus unterschiedlichen Spektren der Zivilgesellschaft, aus „Teamsters and Turtles“, wie in den Anti-WTO-Protesten von Seattle 1999 die Allianz von gewerkschaftlichen und ökologischen Gruppen beschrieben wurde. So war z.B. bei PGA die kanadische Postgewerkschaft CUPW (*Canadian Union of Postal Workers*) ebenso beteiligt wie die indische Bauernbewegung KRRS (*Karnataka Rajya Ryota Sangh*), die nigerianische MOSOP (*Movement for the Survival of the Ogoni People*) ebenso wie die brasilianischen Landlosen des MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*), ukrainische Umweltschützer_innen (*Mama-86*), französische Arbeitslose (*Agir Ensemble contre le Chomage*) und deutsche Autonome (Habermann 2014: 39-53, 113). Dies führte auch zu dem Beinamen „Bewegung der Bewegungen“ (Mertes 2002; Sen 2018a & b) und ging einher mit der Abkehr von der Idee einer einzigen Identität, eines einzigen Gegners, und v.a. eines einzigen gemeinsamen politischen Ziels der Bewegung jenseits der Ablehnung einer neoliberalen Globalisierung (Maeckelbergh 2009: 7). Auf den Punkt gebracht wurde dies durch die Formel „one no – many yeses“ (Habermann 2014: 116; De Angelis 2005: 195). Als gemeinsamer positiver Nenner konnten daher allenfalls eher vage oder allgemeine Ziele wie „reinventing democracy“ (Graeber 2002) oder „reclaiming the commons“ (Klein 2003: 220) umrissen werden. Dies kann mit Ulrich Brand durchaus als Lernerfahrung aus früheren Bewegungen gesehen werden: „Eine wichtige historische Erfahrung ist, dass Vereinheitlichungen *der* Bewegung selbst zu hegemonialen Verhältnissen und damit Ausschlüssen führen.“ (2002: 120) Die Absage an ein einheitliches Ziel und das Bekenntnis zu Diversität und Pluralität ist somit keine Beliebigkeit, sondern eine politische Aussage.

Auch bei Attac gehören (trotz des auf die Finanztransaktionssteuer ausgerichteten Namens) eine thematische Breite und ein weltanschaulicher

Pluralismus zur Identität dazu. Der erste Satz des Attac-Selbstverständnisses lautet:

„Wer bei Attac mitmacht, kann christliche oder andere religiöse Motive haben, Atheist, Humanist, Marxist sein oder und anderen Philosophien anhängen. Attac hat keine verbindliche theoretische, weltanschauliche, religiöse oder ideologische Basis, und es braucht eine solche nicht. Vielfalt ist eine Stärke.“ (Attac 2002: 12)

Beides gilt in mindestens ebenso hohem Maße für das Weltsozialforum, das verschiedenste Gruppen und Kämpfe zu verbinden suchte. Der erste Aufruf des WSF von Porto Alegre verkündete:

„Wir sind Frauen und Männer, Bauern, Arbeiter und Arbeiterinnen, Arbeitslose, Berufstätige, Studentinnen und Studenten, Schwarze und Eingeborene, aus dem Süden und aus dem Norden, engagiert in den [!] Kampf für Menschenrechte, Freiheit, Sicherheit, Arbeitsplätze und Bildung. Wir kämpfen gegen die Hegemonie der Finanzmärkte, die Zerstörung unserer Kulturen, die Monopolisierung des Wissens, der Massenmedien und der Kommunikation, den Abbau der Natur und die Zerstörung der Lebensqualität durch multinationale Konzerne und antidemokratische Politik.“ (in: Anand u.a. 2004: 142)

Die Diversität verschiedener sozialer Kämpfe in der globalisierungskritischen Protestbewegung ging einher mit der Akzeptanz unterschiedlicher Prioritäten und politischer Weltbilder und dessen ungeachtet dem Willen zur politischen Kooperation auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner:

- einer fundamentalen Ablehnung der neoliberalen Globalisierung,
- der Mindestforderung nach demokratischer Selbstbestimmung der Betroffenen und
- der Kritik an fehlender Rechenschaftspflicht der Organisationen und Regelsysteme der *global economic governance*.

Darüber hinaus ist jedoch zwischen eher pragmatisch-reformistischen Teilen der Bewegung (eher bei Attac zu finden) und undogmatisch-antikapitalistisch Teilen (eher bei PGA zu finden) zu differenzieren. Eine davon unterscheidbare dritte Strömung findet sich in den traditionelleren marxistischen Organisationen (*Socialist Worker's Party*, hierzulande v.a. *Linksruck*), die sich auch in die Bewegung eingebracht haben. Dementsprechend gingen die Alternativen zum Neoliberalismus auch in verschiedene Richtungen: in die einer „Deglobalisierung“ (Bello) bzw. einer Abkopplung vom globalen Kapitalismus, einer „Globalisierung von unten“, und einer sozialdemokratischen

Re-Regulierung und Demokratisierung der bestehenden Institutionen der globalen politischen Ökonomie (Rucht 2002b: 58f; Ruggiero 2002: 57).

Skepsis gegenüber Hierarchien, Avantgarde-Politik und Repräsentation

Auch wenn dieser Punkt sicher nicht für alle Akteure innerhalb der globalisierungskritischen Protestbewegung Gültigkeit hat, so ist doch die weit verbreitete tiefe Skepsis gegenüber Hierarchien, Avantgarde-Politik politischer Repräsentation ein weiteres Merkmal, das die Bewegung von den meisten vorangegangenen unterscheidet. Es gibt keinen Dachverband der globalisierungskritischen Bewegung mit gewählten Repräsentant_innen. PGA wurde dezidiert als Vernetzung, allenfalls als gemeinsame Plattform gegründet, und in den „Hallmarks“ (Grundprinzipien) wurde festgehalten: „PGA stellt ein Koordinationswerkzeug dar, keine Organisation. Sie hat keine Mitglieder und ist nicht juristisch repräsentiert. Keine Organisation oder Person kann PGA repräsentieren.“ (zit. n. Habermann 2014: 47) Auch die Versuche einer Fraktion, im Rahmen des Weltsozialforums zu verbindlichen Strukturen und Sprecher_innen zu gelangen, erwiesen sich als hochgradig kontrovers und stießen auf große Widerstände. Laut seiner Prinzipiencharta lehnt das WSF ab, „eine Körperschaft zur Repräsentierung der Weltgesellschaft zu sein“, oder dass jemand „ermächtigt“ wird, „Positionen im Namen aller Teilnehmer_innen zu vertreten“. Vielmehr sei es „ein diversifizierter, nichtkonfessioneller, nicht an Regierungen und nicht an Parteien gebundener Raum“, der „offen für Pluralität und für die Vielfalt der Aktivitäten und des Engagements der Organisationen und Bewegungen“, aber auch „der Geschlechter, Ethnien, Kulturen, Generationen und physischen Fähigkeiten“ sei (WSF Prinzipiencharta, in Anand u.a. 2004: 118f).

Hier manifestiert sich neben dem Bekenntnis zu Pluralität auch ein Misstrauen gegenüber dem Repräsentationsprinzip, welches einen Grundpfeiler des liberalen Demokratieverständnisses darstellt: Demokratie besteht diesem Prinzip zufolge auf der Wahl von Führungspersonen, deren politische Entscheidungen im Namen der Wählenden als sie repräsentierend und somit als legitim gelten. Ebenso abgelehnt wird die marxistisch-leninistische Idee einer Avantgarde, die als kommunistische Partei die (ihr bekannten) Interessen der unterdrückten Klassen vertritt, mit oder ohne demokratisches Mandat. Brunnengraber bezeichnet die Bewegung daher „in weiten Teilen als herrschaftskritisch“ (2006: 23). Oliver Marchart & Hubert Weinzierl attestieren den Protestierenden aufgrund einer empirischen Studie in Österreich und Italien, dass bei ihnen „ein radikaldemokratisches Selbstverständnis

weitgehend zum Konsens zu gehören scheint“ (2006: 11). Dies manifestiert sich in einer Skepsis gegenüber einem Modell der Politik, das auf dem Prinzip der Repräsentation (dem „Sprechen für Andere“, Ziai 2018) und der Gesellschaftsveränderung „von oben“, durch Übernahme des Staates basiert.

In der Abwesenheit einer politischen Perspektive, die den klassischen Modellen von Reform oder Revolution auf die parlamentarische oder gewaltsame Übernahme des Staatsapparates abzielt, manifestiert sich ein Modell von Wandel, das auf gesellschaftliche Veränderungen von unten anstatt auf solche von oben setzt. Dies hängt zusammen mit der Zurückweisung einer Avantgarde-Politik, wie sie die kommunistischen Parteien in vielen sozialistischen Staaten zu eigen war, und die den Anspruch erhob, über die Interessen der Mitglieder der Bewegung (in diesem Fall die der Arbeiter_innen) im Zweifelsfall besser Bescheid zu wissen als diese selbst. Das hier entworfene Gegenmodell ist vom bewegungsnahen Politikwissenschaftler John Holloway auf die Formel gebracht worden: „Die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ (2002).

Basisdemokratie und Konsensorientierung

Die Veränderung der Welt soll also – so ein verbreitetes Verständnis in der Protestbewegung – von unten, basisdemokratisch erfolgen und angesichts der Pluralität der Weltbilder auch nicht an einem universellen Gesellschaftsentwurf ausgerichtet sein. Gemäß dem Anspruch einer „präfigurativen Politik“, in der sich die politischen Ziele auch in der Wahl der Mittel widerspiegeln, versuchten weite Teile der Bewegung dementsprechend, Prozesse der internen Entscheidungsfindung ebenfalls so basisdemokratisch und konsensorientiert wie möglich zu gestalten. Dies arbeitet v.a. Marianne Maeckelbergh (2009) in ihrer mehrjährigen ethnographischen Studie zu den Europäischen Sozialforen (ESF) 2003 und 2004, dem Weltsozialforum 2004 und den G8-Gipfelprotesten 2003, 2004 und 2005 deutlich heraus. Ihre zentrale Schlussfolgerung ist, dass diese Bewegung durch partizipative Entscheidungsfindungsprozesse, die von antiautoritären Ideen der 1960er und neuen sozialen Bewegungen geprägt sind und auf Diversität, Horizontalität und Konsens aufbauen, ein neues Demokratieverständnis entwickelt (ebd.: 4, 13-19, 35-38). Im Vordergrund steht dabei nicht das Erreichen eines politischen Ziels, sondern der partizipative, konsensorientierte und Diversität anerkennende statt unterdrückende politische Prozess, in dessen Verlauf sich dieses Ziel erst herauskristallisiert (ebd.: 75f, 89).

Die Studie zeigt dabei einerseits im Kontext des ESF, wie viel Unmut ein hohler, nur formaler oder sogar erzwungener Konsens verursachen

kann (ebd.: 79, 103), aber auch im Kontext der Anti-G8-Mobilisierung, wie partizipative Verfahren unter expliziter Umgehung von Repräsentant_innen, die für die Bewegung entscheiden, was zu tun ist, und trotz politischer Differenzen zu einem tatsächlich von allen mitgetragenen Konsens führen können. So konnte beispielsweise die kontroverse Frage, ob die radikalen Gipfelgegner_innen von Dissent! zu der von NGOs organisierten (und die G8 nicht grundsätzlich als illegitim ansehenden) „Make Poverty History“-Demonstration aufrufen sollten, mittels Bezugsgruppendifkussionen, Ideensammlungen, berichtenden Delegierten und in die Kleingruppen zurückgetragenen Vorschlägen konfliktfrei und effektiv innerhalb kurzer Zeit geklärt werden. Nach einer gemeinsamen Gegenveranstaltung konnte der Teil der Bewegung, der eine Unterstützung der breiten Demonstration für wichtig erachtete, an ihr teilnehmen, signalisierte jedoch seine abweichende Meinung durch ein Nichteinhalten des geforderten Dresscodes (bunte statt weiße Kleidung) und eigene Flyer mit dem Slogan „Make Capitalism History“. Alle Beteiligten konnten ihre Bedenken äußern, den Prozess konstruktiv beeinflussen und die Entscheidung mittragen (ebd.: 146-151).

Doch nicht nur im PGA-Spektrum (dem Dissent! Zuzurechnen ist) findet sich das Beharren auf Inklusion, Konsens und Graswurzeldemokratie. Das Bekenntnis zu nichthierarchischer Entscheidungsfindung und partizipativer Demokratie ist auch Teil der WSF-Prinzipiencharte (Anand u.a. 2004: 199). Und auch bei Attac findet sich tendenziell die horizontale, basisdemokratische Organisationsform wieder, wie Vincenzo Ruggiero („die Struktur der Assoziation/Bewegung reflektiert letztlich die Logik elektronischer Netzwerke, wobei Attac weniger eine hierarchische Vereinigung als ein Zusammenschluss Gleichrangiger ist“, 2002: 51) und Marcos Ancelovici (2002: 440f, 448) betonen.

Diese drei Punkte (Akzeptanz von Diversität und Pluralität; Ablehnung von Hierarchien, Avantgarde und Repräsentation; Basisdemokratie und Konsensorientierung) spiegeln in ähnlicher Weise zwei verwandte, aber unterscheidbare theoretisch-politische Debatten wider: die zum Neuen Internationalismus und die zum Zapatismus. Die den „Bewegungsveteran_innen“ vertrauten Debatten um Internationalismus haben spätestens in den 1990er Jahren zur Verabschiedung bestimmter Dogmen geführt: Erstens: des Glaubens an den Hauptwiderspruch und das revolutionäre Subjekt, also eine Gruppe, deren Unterdrückung in dem Sinne privilegiert ist, als dass (aufgrund von gesellschaftlichen Widersprüchen und Mechanismen) ihre Abschaffung zentral für die Schaffung einer freieren Gesellschaft ist – was einer Akzeptanz von Diversität von Unterdrückten

und der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse entgegensteht. Zweitens: des Glaubens an eine emanzipative Veränderung durch Übernahme der Staatsmacht auf der Grundlage einer Blaupause für eine bessere Gesellschaft und objektiven Wissens über die Interessen Anderer und das Gemeinwohl – was einer Ablehnung von Hierarchien, Repräsentation und Avantgarde-Politik nach einem herkömmlichen Politikmodell entspricht. Drittens: des Glaubens an universelle Prozesse von Fortschritt, Modernisierung oder „Entwicklung“, die Gesellschaften und Befreiungsbewegungen im Süden stets in einer nachholenden, rückständigen Position verorten und ein klares politisches Ziel vorgeben – was einer Diversität der Ziele ebenso entgegensteht wie einem offenen, partizipativen Entscheidungsprozess.⁹

Innerhalb der globalisierungskritischen Protestbewegung v.a. bei Jüngeren deutlich stärkeren Anklang fanden jedoch die Slogans der Zapatistas, auf die zur politischen Verortung oftmals zurückgegriffen wurde: „Eine Welt, in die viele Welten hineinpassen“ bestärkt die Akzeptanz von Diversität; „Fragend gehen wir voran“ drückt das Fehlen eines fertig formulierten Weltverbesserungsplans aus und das Bekenntnis zu Zweifel und Diskussion (und somit die Absage an Avantgardepolitik); und „Wir müssen die Welt nicht erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen“ distanziert sich von der Perspektive einer Gesellschaftsveränderung durch Übernahme des Staatsapparats und „Wir gehen im Tempo der Langsamsten“ lässt sich als Absage an Avantgarde-Modelle und Bekenntnis zu Inklusion und Konsensorientierung deuten.¹⁰

Diese drei Prinzipien eines neuen Politikverständnisses (Diversität, Globalität, Ablehnung von Avantgarde-Politik) rechtfertigen es meines Erachtens, von einer neuen, eigenständigen Bewegung im Unterschied zu älteren internationalistischen Bewegungen zu sprechen, von einem Neuen oder gar „postmodernen“ (Redaktion Alaska 1998),¹¹ einem anarchistischem, postkolonialen oder zapatistischen Internationalismus (Kastner 2011), ungeachtet aller zweifelsfrei vorhandenen Kontinuitäten zu früheren Protestbewegungen.

9 Foitzik & Marvakis 1997; Redaktion Alaska 1998; Hierlmeier 2002; BUKO 2003.

10 REDaktion 1997; Brand & Ceceña 2000; Brand 2002; Muñoz Ramirez 2004; Kerkeling 2006; Kastner 2011.

11 Die Redaktion der Alaska (1998: 223) unterscheidet hierbei einen postmodernen von einem Neuen Internationalismus anhand einer „modernen“ Vorstellung von Emanzipation (radikaler Bruch zwischen bestehenden Verhältnissen und befreiter Gesellschaft, in der keine Herrschaftsverhältnisse mehr existieren, Befreiung als Freisetzung von etwas bereits Existentem, das nicht von Herrschaftsverhältnissen geprägt ist, usw.).

Erfolgreicher Protest? Reformen der Institutionen der globalen politischen Ökonomie

Wie sieht es nun aus mit den Erfolgen der globalisierungskritischen und von diesem neuen Internationalismus geprägten Protestbewegung? Die Forderung nach der Abschaffung von Weltbank, IWF und WTO, nach der Entmachtung der Konzerne und nach der Streichung des Schuldenbergs der Dritten Welt sind offensichtlich nicht erfüllt worden. Der krude Alltagsverstand eines „hat alles nix gebracht, die da oben machen sowieso, was sie wollen“ wird bei näherem Hinsehen jedoch den Auswirkungen der Bewegung noch weniger gerecht als David Graebers euphorische Diagnose, die Bewegung habe ihre Ziele in Rekordzeit erreicht (Graeber 2007).¹² Tatsächlich hat die Bewegung zahlreiche Reformprozesse angestoßen und einige Prozesse der Neoliberalisierung aufgehalten.

In diesem Abschnitt soll ein Überblick erfolgen über solche Reformprozesse in der Weltwirtschaft, insbesondere in den von der globalen Protestbewegung attackierten Institutionen, die mutmaßlich als Reaktion auf diese Angriffe initiiert wurden. Diesen Zusammenhang auf wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Art und Weise zu belegen, ist allerdings schwierig. Eine sich dieser Frage widmende Dissertation konstatiert: „Die schwierigste Aufgabe war, darzulegen, dass das, was als Reaktion wahrgenommen wurde, tatsächlich durch die soziale Bewegung verursacht worden war.“ (Kolb 2007: 23) Die kritisierten Institutionen werden nur in den seltensten Fällen zugeben, dass sie mit den Reformen die Proteste schwächen und ihre beschädigte Legitimität wiederherzustellen versuchten. Die Schlussfolgerung liegt nahe und auch die wissenschaftliche Literatur geht von diesem Zusammenhang aus (O'Brien u.a. 2000), ein präziser Nachweis steht jedoch noch aus. Felix Kolb (2007: 28) unterscheidet im Hinblick auf den Einfluss sozialer Bewegungen fünf Ebenen:

1. die des Agenda-Settings,
2. die der inhaltlichen Vorschläge im Hinblick auf die Agenda,
3. die der politischen Entscheidungen über die Vorschläge,
4. die der Implementierung der Entscheidungen und
5. die der öffentlichen Güter als Resultat der Implementierung.

Anhand dieses Analyserasters sollen im Folgenden einige mutmaßlich als Reaktion auf Forderungen der globalisierungskritischen Protestbewegung entstandene Reformen näher betrachtet werden.

¹² S. auch die Ausgabe der Bewegungszeitschrift *Turbulence* vom Juni 2007 mit dem Titel „What would it mean to win?“

Reform der Strukturanpassung und Entschuldung in Weltbank und IWF

Auf dem Kölner G7/G8-Gipfel 1999 wurde im Rahmen der Erweiterung der Schuldenerlassinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-II, HIPC – *Highly Indebted Poor Countries*) und als Reaktion auf langjährige Kritik an den umstrittenen Strukturanpassungsprogrammen beschlossen, den Schuldenerlass mit einer Reform dieser Programmen zu verknüpfen. Die wirtschaftspolitischen Konditionalitäten der Kreditvergabe der Weltbank und des IWF sollten fortan – auch über die HIPC-II-Initiative hinaus – an den Prinzipien von Armutsbekämpfung, Partizipation und „ownership“ ausgerichtet sein. Im Klartext sollten von den Regierungen der Nehmerländer unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitete Armutsbekämpfungsstrategien (*Poverty Reduction Strategy Papers*, PRSPs) die Bedingung nicht nur für weitreichende Entschuldung, sondern auch für konzessionäre Kredite der Weltbank sein (BMZ 2002). Dass die Strukturanpassung dem Ziel der Armutsbekämpfung dienen und Sozialprogramme stärken statt kürzen soll, ist eine deutliche Kehrtwende in der Politik der *International Financial Institutions* (IFI) im Vergleich mit den 1980er Jahren, wie die Kritik einer UNICEF-Studie an ihren damaligen Auswirkungen illustriert (Cornia u.a. 1987; s. auch Sparr 1994). Und auch dass Ownership und Partizipation statt Diktaten aus Washington die Erstellung der wirtschaftspolitischen Reformen leiten soll, ist ein gänzlich neues Prinzip gegenüber dem bisher wenig demokratischen Umgang mit Kreditnehmerländern.

In der Forschung wurde jedoch ein deutlicher Einfluss der IFI auf die Erstellung der PRSP konstatiert: Walter Eberlei & Thomas Siebold behaupten, die Rolle von IWF und Weltbank dabei könne „kaum unterschätzt werden“ (2002: 42). Dies scheint erklärungsbedürftig, denn offiziell ist keinerlei Einmischung von dieser Seite in die jeweiligen partizipativen Prozesse vorgesehen. Allerdings haben die beiden Institutionen (u.a. durch ein Handbuch zur PRSP-Erstellung) den Regierungen der betroffenen Länder durchaus deutlich gemacht, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Washington als sinnvoll gelten und welche nicht. Ein Finanzminister eines afrikanischen Landes formulierte es ganz offen: „Wie geben ihnen, was sie wollen, bevor sie anfangen, uns zu belehren.“ (zit. n. World Development Movement 2001: 7) Selbst von Seiten der Zivilgesellschaft wurde in einem afrikanischen Land beispielsweise darauf verzichtet, wirtschaftspolitische Maßnahmen vorzuschlagen, von denen bekannt war, dass sie in Washington auf wenig Gegenliebe stoßen würden (wie z.B. Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft oder Textilindustrie) (vgl. Eberlei & Siebold 2002: 43). Das heißt die Machtbeziehungen in der politischen Ökonomie

sorgen auch unter den Bedingungen formaler „ownership“ der Regierungen und Partizipation der Zivilgesellschaft für eine neoliberale Prägung der PRSP. Die Ausrichtung auf Armutsbekämpfung fand zwar tatsächlich statt, aber in der Form sozialpolitischer Programme unter Beibehaltung neoliberaler Grundprinzipien. David Craig & Doug Porter bezeichnen dies als „inclusive liberalism“ (2005).

Was die Entschuldungsinitiative HIPC-II angeht, so ist zunächst festzuhalten, dass sie deutlich weitreichender war als alle vorhergehenden und zum ersten Mal auch Schulden gegenüber den IFI miteinbezog – allerdings war auch sie längst nicht ausreichend. Zumindest nach ihrer erneuten Erweiterung zur MDRI (*Multilateral Debt Relief Initiative*) auf dem G8-Gipfel in Gleneagles wurde jedoch für eine Reihe verschuldeter Länder zunächst eine spürbare Senkung der Schuldenlast erreicht. Mehr als eine teilweise und vorübergehende Lösung ist jedoch ohne eine Miteinbeziehung globaler Handelspolitik ohnehin nicht zu erwarten (Kaiser 2014).¹³

Im Hinblick auf den Einfluss der Protestbewegung ist festzuhalten, dass er sich mindestens auf drei Ebenen erstreckte: nicht nur gelang es, eine Reform der Strukturanpassung auf die Agenda zu setzen, auch die inhaltliche Akzentsetzung bei den Reformvorschlägen und die politische Entscheidung zugunsten von weitreichendem Schuldenerlass, Armutsbekämpfung, Partizipation und Ownership tragen klar die Handschrift der Globalisierungskritiker_innen. Auf der vierten Ebene der Umsetzung der Entscheidungen sind die neuen Prinzipien zwar nicht nur leere Rhetorik, aber an der Durchsetzung neoliberaler Prinzipien bei den Armutsbekämpfungsprogrammen hat die Reform wenig geändert. Daher ist unklar, inwiefern auf der fünften Ebene tatsächlich von einem Erfolg gesprochen werden kann.

Inspection Panel der Weltbank

Als Reaktion auf eine internationale Protestkampagne zivilgesellschaftlicher Akteure gegen das Narmada-Staudammprojekt in Indien (und unter damit erzeugtem Druck des US-Kongresses) wurde 1994 mit dem Inspection Panel der Weltbank eine unabhängige Instanz etabliert, bei der von Weltbankprojekten Betroffene Klage einreichen können, wenn die Institution ihre Umwelt- und Sozialstandards nicht einhält. Das von Management und Präsident der Weltbank unabhängige Inspection Panel erstellt Untersuchungsberichte zu den strittigen Projekten, die dann direkt dem Exekutivdirektorium vorgelegt

¹³ Dessen eingedenk enthielt das Abkommen zur Entschuldung der BRD 1953 eine Klausel, die Schuldendienstzahlungen an einen Handelsbilanzüberschuss knüpfte – so hatten die Gläubiger einen Anreiz, Exporte des Schuldnerlands zu kaufen (Jubilee Debt Campaign 2015).

werden, das daraufhin Verbesserungsmaßnahmen verlangen oder im Extremfall einen Projektstopp verhängen kann (Shihata 2000). Die internationale Kampagne ging auf die indische Organisation *Narmada Bachao Andolan* unter der Leitung von Medha Patkar zurück, die auch Teil der Vernetzung im Rahmen der globalen Protestbewegung war (Habermann 2014: 89).

Bis dato hatte sich die Weltbank stets darauf berufen, dass der Kreditnehmer (in diesem Fall der indische Staat) allein verantwortlich sei. Die Hartnäckigkeit der Protestkampagne, der für die Weltbank fatale Morse-Report, der die katastrophalen Auswirkungen des Staudammprojekts skizzierte, und der dadurch ausgelöste Druck der USA bewirkten jedoch ein Einlenken. Die Einführung eines Mechanismus, der Betroffenen von Weltbankprojekten eine Klagemöglichkeit bot, war eine einschneidende Neuerung im internationalen Recht. Umso mehr, als dass die meisten anderen multilateralen Entwicklungsbanken dem Beispiel folgten und ebenfalls Rechenschaftsmechanismen einrichteten (van Putten 2008).

In der politikwissenschaftlichen Literatur ist jedoch nicht unumstritten, wie effektiv dieser für internationale Organisationen höchst innovative Rechenschaftsmechanismus letztlich ist. Zwar kam es durchaus als Reaktion auf Beschwerde von Betroffenen und Untersuchungsberichte des Inspection Panels in einer Reihe von Fällen zu konkreten Verbesserungen (z.B. Einführung von zivilgesellschaftlichen Konsultationen, Zahlung von Entschädigungen an Vertriebene), doch nur in wenigen Einzelfällen wurden die kritisierten Projekte tatsächlich gestoppt, und die Entscheidungen bleiben stets dem Exekutivdirektorium der Weltbank vorbehalten und eine Einspruchsmöglichkeit der Kläger_innen ist nicht vorgesehen.¹⁴ Auch ist als Reaktion auf die Konkurrenz durch die *Asian Infrastructure and Investment Bank* (AIIB) sowie die *New Development Bank* (NDB) ein Aufweichen der sozialen und ökologischen Standards der Weltbank im Rahmen des sog. *safeguard review* zu verzeichnen (Horta 2015).¹⁵ Dennoch hat der Protest zur Schaffung eines wirksamen institutionalisierten Rechenschaftsmechanismus für Projektbetroffene geführt. Und auch wenn Entwicklungsprojekte auch heute noch millionenfach zur Vertreibung führen, sind bei der Weltbank so katastrophale Projekte wie das Narmada Valley Development Staudammprojekt durch diesen Mechanismus heutzutage praktisch ausgeschlossen. Der Einfluss der Protestbewegung erstreckte sich hier wiederum mindestens auf die ersten drei Ebenen (Agenda-Setting, inhaltliche Vorschläge,

14 Fox & Brown 1998; Clark u.a. 2003; World Bank Inspection Panel 2009; Daniel u.a. 2016; Ziai 2016; Pereira u.a. 2017; Schäfer 2019.

15 S. dazu das Civil Society Statement on the October 31 Decision of the World Bank's Board of Directors on the Review of the Inspection Panel's Toolkit von 2018.

politische Entscheidungen). Auch hier ist die vierte Ebene der Implementierung umkämpft. Auf der fünften Ebene lässt sich zumindest ein begrenzter Zugewinn des öffentlichen Gutes demokratischer Rechenschaftspflicht nicht von der Hand weisen.

Weitere Reformprozesse bei der Weltbank, die als Reaktion auf die globale Protestbewegung gesehen werden können, beziehen sich auf die Regulierung und des Extraktivismus-Sektors im Extractive Industries Review (Anderl 2017) sowie auf die breit angelegte Studie „Voices of the Poor“ (Reiff, in diesem Heft, S. 43ff). In einem weiteren Sinne könnte auch die Etablierung der Millennium Development Goals 2001 als Versuch interpretiert werden, die durch die Proteste angeschlagene Legitimation des UN-Systems und der IFI wiederherzustellen.

TRIPs-Reform in der WTO

Das Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (TRIPs – *Trade-related Intellectual Property Rights*) ist seit Gründung der Welthandelsorganisation 1995 verbindlicher Teil ihres Vertragswerks und verlangt von den Mitgliedstaaten, Schutzmechanismen für Patente in nationales Recht umzusetzen (Dunkley 2000). Im Bereich der Medikamentenpatentierung gab es vor dem TRIPs-Abkommen in ungefähr 50 Ländern überhaupt keinen, in zahlreichen anderen Ländern nur einen eingeschränkten Patentschutz (z.B. wurden in Indien lediglich Patente auf Herstellungsverfahren, nicht aber auf Endprodukte erteilt). Das hatte zur Folge, dass in diesen Ländern die medizinische Versorgung durch Generika („Nachbauten“ der Original-Medikamente) erheblich günstiger sichergestellt werden konnte. Durch das TRIPs-Abkommen der WTO wurde somit in vielen Ländern ohne eigene Pharmaindustrie der Rückgriff auf Generika deutlich erschwert oder ganz verhindert, was insbesondere die Behandlung von AIDS-Patienten um das 35- bis 100-fache verteuerte. Zwar waren begrenzte Ausnahmeregelungen für Zwangslizenzen (Herstellung von patentierten Medikamenten ohne Erlaubnis des Patentinhabers) und Parallelimporte (Einfuhr günstigerer Original-Medikamente aus anderen Ländern) vorgesehen, allerdings wurde von den Industrieländern auf die Peripherieländer Druck ausgeübt, von diesem Recht auf Zwangslizenzen keinen Gebrauch zu machen – erfolgreich. Die USA haben hingegen bereits über 100 Mal eine Zwangslizenz angewendet. Nachdem eine von der südafrikanischen Treatment Action Campaign initiierte internationale Kampagne Proteste organisiert und Druck aufgebaut hatte, wurde auf der WTO-Ministerkonferenz in Doha 2001 eine Erklärung zu TRIPs und öffentlicher Gesundheit verabschiedet, die Ausnahmeregelungen

vom Patentrecht im Fall eines nationalen Gesundheitsnotstands ausdrücklich bestätigt und als legal festschreibt.¹⁶

Das Patentregime war einer der Schwerpunkte der Proteste gegen die WTO, einerseits wegen der Patentierung von Saatgut, andererseits auch wegen der beschriebenen Pharmapatente. Die globalen und v.a. die süd-afrikanischen Proteste haben dazu geführt, dass unter Druck gesetzte Regierungen von Peripherieländern den OECD-Regierungen in der Doha-Erklärung Zugeständnisse in der WTO, abgetrotzt haben (gegen die Pharmafirmen vergeblich zu klagen versucht haben). Auch wenn darauf hingewiesen werden muss, dass entgegen den Forderungen der Proteste das TRIPs-Abkommen und damit das globale Patentregime im Interesse der multinationalen Pharmafirmen durch die Doha-Erklärung unangetastet blieb, kann doch von einem Teilerfolg der Bewegung gesprochen werden. Der Einfluss der Protestbewegung erstreckte sich erneut auf die drei Ebenen des Agenda-Settings, der inhaltlichen Alternativvorschläge und der politischen Entscheidung. Auch hier war die Ebene der Implementierung umkämpft, aber gerade in Südafrika war eine spürbare Verbesserung der Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten für AIDS-Patient_innen ein klarer Erfolg auf der fünften Ebene der öffentlichen Güter.

Staateninsolvenzverfahren im IWF

Bereits im Verlauf der Schuldenkrise zahlreicher Länder des globalen Südens in den 1980er Jahren, in der der IWF und die Weltbank über die Struktur-
anpassungskredite zunehmend globalen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik nahmen, wurde der Ruf nach einem geregelten Staateninsolvenzverfahren laut. Dieses sollte das gläubigerdominierte Verfahren im Pariser Club ablösen und sicher stellen, dass insolvente Staaten weiter in der Lage sind, ihren sozialen Verpflichtungen gegenüber ihren Bürger_innen nachzukommen – was in der Schuldenkrise allzu oft nicht der Fall war. Selbst ein Bericht der UNICEF (Cornia u.a. 1987) stellte fest, dass die Sparpolitik mit dem Ziel, die Forderungen der Gläubigerbanken zu bedienen, auf dem Rücken der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen der jeweiligen Länder ausgetragen wurde und vielerorts die Kindersterblichkeit stieg und die Lebenserwartung sank. Der IWF hatte Forderungen nach einer Begrenzung des Schuldendienstes durch die Schuldner und nach einem Staateninsolvenzrecht in diesem Kontext stets zurückgewiesen. Doch nach den teilweise massiven Gipfelprotesten der 1990er Jahre (und den Ausschreitungen auf der

16 Frein & Reichert 2003: 17; Frein & Reichel 2000: 26; Jenkes 2000; Schaaber 2001; Fischer 2003: 27.

Jahrestagung in Prag 2000) wurden die zivilgesellschaftlichen Forderungen nach einem solchen Verfahren unter dem Namen FTAP (*Fair and Transparent Arbitration Procedure*, faires und transparentes Schiedsverfahren) im IWF 2001 mit dem Vorschlag eines SDRM (*Sovereign Debt Restructuring Mechanism*, Umstrukturierungsmechanismus für Schulden souveräner Staaten) aufgegriffen (Krueger 2002). Das von der IWF-Vizedirektorin skizzierte SDRM-Verfahren entspricht nicht dem geforderten FTAP, aber erkennt an, dass der IWF als Gläubiger nicht die Rolle des Schiedsgerichts übernehmen kann und überträgt die Entscheidung über das Ausmaß des Schuldenerlasses an eine (nicht näher spezifizierte) unabhängige Instanz. Auch wird die Überprüfung aller Gläubigerforderungen zu Beginn als ein Element des Verfahrens genannt. Die Zersplitterung der Schuldenverhandlungen in verschiedene Foren wird ebenso als Problem anerkannt wie die Notwendigkeit eines zeitweiligen Schuldendienstmoratoriums (Schneider 2002; Hersel 2003; Ambrose 2005: 282ff). Allerdings wurde der Vorschlag eines SDRM im Frühjahr 2003 von einer Mehrheit der IWF-Exekutivdirektoren abgelehnt, interessanterweise auch durch einige Repräsentanten des globalen Südens (Kellermann 2006, Kap. V). Hierbei spielte der Druck der Finanzmärkte, die allein die Möglichkeit einer Staateninsolvenz mit Zinsaufschlägen bestrafen würden, eine große Rolle (Ziai 2012).

Der Bewegung gelang es hier selbst in der gegenüber den Protesten am unempfindlichsten Organisation der globalen politischen Ökonomie, dem IWF, das Thema Staateninsolvenz auf die Agenda zu setzen. Die Unterschiede zwischen SDRM und FTAP deuten allerdings auf die Umkämpftheit der Vorschläge auf der zweiten Ebene hin, wie auch auf den Umstand, dass die Probleme mit „rogue creditors“ ein wichtiger Auslöser für das Aufgreifen der Forderung durch den IWF waren. Auf der dritten Ebene der politischen Entscheidung zeigte sich dann, dass der Einfluss der Bankenlobby dem der globalen Protestbewegung überlegen war.

Finanztransaktionssteuer („Tobin Tax“)

Ebenfalls gegen den Einfluss von Banken und Investmentfonds gerichtet war die Kernforderung von Attac nach einer „Entwaffnung der Finanzmärkte“ durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, nach ihrem Erfinder James Tobin auch „Tobin Tax“ (TT) genannt. Um Spekulation an den Finanzmärkten einzudämmen und Krisen zu verhindern, sollten grenzüberschreitende Devisentransaktionen mit einer geringfügigen Steuer belegt werden – deutlich unter 1 %, aber hoch genug (die Vorschläge reichen von 0,01 bis 0,5 %), um kurzfristige spekulative Finanzgeschäfte, die

aus minimalen Kursunterschieden Gewinn schöpfen wollen, unrentabel zu machen. Die Einkünfte der TT könnten dann nach einem Vorschlag des UNDP zur Finanzierung von Armutsbekämpfung eingesetzt werden (Huffschmid 2002: 233ff; Jetin 2012).

Aufgrund des entschiedenen Widerstands der Bankenlobby und als Konsequenz v.a. auch der US-amerikanischen und britischen Regierungen war ein internationaler Konsens für die TT nicht zu erreichen. Trotz der Ablehnung des Finanzministeriums hat das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) 2002 – mit dem Argument, es handele sich um eine Finanzierungsquelle für Entwicklungszusammenarbeit – eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die zu dem Schluss kam, dass eine EU-weite Einführung der Steuer ohne größere Probleme durchführbar wäre (Spahn 2002). Die Regierungen von Frankreich und Belgien haben schon relativ früh ihre Unterstützung für die Devisentransaktionssteuer bekundet, 2005 ließ Bundeskanzler Schröder (ebenfalls gegen den ausdrücklichen Rat des Finanzministers) überraschend verlautbaren, dass er ihr auch offen gegenüberstehe (Fues 2005). Nach der Finanzkrise 2008 konnten NGOs sogar den IWF dazu bringen, sich ernsthaft mit der TT auseinanderzusetzen. Auch eine entsprechende Studie des IWF kam zu dem Schluss, dass die Steuer durchaus machbar sei, durch den Einfluss des US-Finanzministeriums wurde jedoch ein anderes Instrument zur Stabilisierung der Märkte favorisiert. 2009 sprachen sich sowohl die SPD als auch Kanzlerin Merkel für die Steuer aus, auf dem G20-Gipfel in Toronto 2010 blieben jedoch die USA, Großbritannien, Australien, Kanada, Indien und noch einige weitere Schwellenländer bei ihrer Ablehnung. Auf Initiative Deutschlands und Frankreichs (unter dem Druck einer zivilgesellschaftlichen Kampagne sowie mit Unterstützung einiger anderer Länder sowie des EU-Parlaments) präsentierte die EU-Kommission einen Vorschlag, der 2013 über die sogenannte Enhanced Cooperation Procedure, die auch ohne Konsens zwischen den EU-Mitgliedstaaten eine „Koalition der Willigen“ ermöglicht, zu Verhandlungen zwischen elf EU-Mitgliedern über die Einführung einer TT führte (Wahl 2014: 4-7). Diese sind allerdings bis heute nicht abgeschlossen.

Ähnlich wie beim SDRM gelang es der Protestbewegung zwar, mit dem Rückwind einer gegenwärtigen Krise das Thema der Finanztransaktionssteuer auf die Agenda des IWF zu setzen (erste Ebene) und auch die inhaltlichen Vorschläge zu beeinflussen (zweite Ebene), auf der Ebene der politischen Entscheidungen war der Einfluss der Bankenlobby jedoch wirksamer. Dies gilt in ähnlicher Form auch für die Arena der EU, wo eine Entscheidung zur Einführung der Steuer trotz vielversprechender Ansätze

bis heute nicht getroffen wurde. Dass das Attac-Projekt in einer Reihe von EU-Mitgliedsstaaten (darunter die Schwergewichte Deutschland und Frankreich) mittlerweile propagiert wird, zeigt, dass hier auch auf der dritten Ebene der Einfluss erfolgreich war, diese Erfolge auf nationaler Ebene bis jetzt durch die supranationale Struktur der EU unwirksam blieben.

Jenseits dieser Reforminitiativen sind jedoch noch weitere Fälle zu nennen, in denen die Protestbewegung Abkommen, die die neoliberale Globalisierung weiter vorantrieben hätten, verhindern konnte. In Kolbs Analyseraster reichte hier demnach der Einfluss zumindest bis auf die Ebene der politischen Entscheidungen, auch wenn die die Bewegung hier nicht als Gestalter, sondern als Vetospieler am politischen Prozess beteiligt war. In beiden Fällen gelang es der Lobby der weltmarktorientierten Kapitalfraktion jedoch, ihre Anliegen auf die Agenda anderer Abkommen zu verlagern.

Verhinderung des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI)

Der spektakulärste Fall ist sicher der des *Multilateral Agreement on Investment* (MAI). Nachdem sich im Rahmen der WTO abzeichnete, dass ein weitreichendes Investitionsschutzabkommen am Widerstand der Länder des Südens scheitern würde, verlagerten USA und EU die entsprechenden Verhandlungen in die OECD – mit der Absicht, in diesem Rahmen ein Abkommen mit möglichst hohen Standards verabschieden zu können, das möglichst hohe Standards beinhaltete und mittelfristig weltweite Geltung erlangen und als „Verfassung der Weltwirtschaft“ (so WTO-Generaldirektor Renato Ruggiero) fungieren könnte (Tielemann 1999: 4; Mies & Werlhof 1998a: 7). Zentrale Elemente des Abkommens beinhalteten einen Schutz für Investoren vor staatlichen Auflagen (z.B. Verpflichtungen zur Qualifizierung einheimischer Arbeitskräfte oder zur Nutzung lokaler Zulieferer) sowie Klagemöglichkeiten gegen Staaten auf Entschädigung wegen indirekter Enteignung – was potentiell jegliche Gesetze einschloss, die eine Reduktion der Gewinnerwartung des Investors zur Folge hatten (McDonald 1998: 633; Mies & Werlhof 1998b: 15f). Nachdem ein Vertragsentwurf 1997 durch die NGO *Public Citizen* an die Öffentlichkeit gelangte, entstand eine breite zivilgesellschaftliche Protestkampagne in vielen Ländern, die Teil der globalisierungskritischen Bewegung war. Diese war so erfolgreich, dass viele Parlamentarier_innen und einige Regierungen wie Frankreich und Neuseeland sich der Opposition gegen das MAI anschlossen und das Abkommen im Herbst 1998 für gescheitert erklärt werden musste. An den Verhandlungen beteiligte Ministerien wiesen darauf hin, dass bestehende

Meinungsverschiedenheiten durch die Proteste deutlich verschärft worden seien (Kobrin 1998: 99; Tielemann 1999: 8).

Zwar wurden Versuche unternommen, das Thema Investitionsschutz wieder auf die WTO-Agenda zu setzen, dies war jedoch erfolglos. Stattdessen fanden einige MAI-Klauseln (auch die „indirekte Enteignung“) Eingang in zahlreiche bilaterale Investitionsabkommen. Als Teil des TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*) stießen die Regulierungsverbote für Staaten und Klagemöglichkeiten für Unternehmen jedoch erneut auf massiven zivilgesellschaftlichen Protest, u.a. in Form von 150-250.000 Demonstrierenden in Berlin im Oktober 2015. Nach dem Regierungsantritt von Trump 2016 – und hier findet sich dann doch ein kleines Argument für die ansonsten unplausible These des eingangs erwähnten Spiegel-Artikels – wurden die Verhandlungen auf Eis gelegt. Allerdings vertreten manche Sozialwissenschaftler_innen die These, dass Trump lediglich der letzte Sargnagel war und die Verhandlungen durch die Proteste und die massive Delegitimierung des Abkommens v.a. in der deutschen Öffentlichkeit ohnehin bereits eingefroren und zum Scheitern verurteilt waren (Soendergaard 2020: 286).

Keine weitere Liberalisierungsrunde in der WTO

Beinahe ebenso bemerkenswert wie der Fall des MAI ist jedoch, dass die auf der vierten Ministerkonferenz in Doha/Katar 2001 begonnene Verhandlungsrunde der WTO bis heute nicht abgeschlossen ist. Nur ein kleiner Teil der Doha Agenda konnte 2013 auf der neunten Ministerkonferenz in Bali beschlossen werden. Die anderen sechs Ministerkonferenzen seit Doha verliefen weitestgehend im Sande. Dies führte dazu, dass bereits vor einem Jahrzehnt von einer Krise der WTO die Rede war (Baldwin & Evenett 2011) – und seither ist die Situation nicht besser geworden. Im Gegenteil, die WTO wird von manchen Beobachter_innen ob dieses Stillstands als zunehmend bedeutungslos angesehen. Grund für die Unfähigkeit der WTO, die Doha-Verhandlungsrunde seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten erfolgreich abzuschließen, ist im Wesentlichen eine Pattsituation zwischen Ländern des Nordens und des Südens. Eine stabile Koalition von Vertreter_innen des Südens weigert sich, weitere Liberalisierungsschritte zu verhandeln, bevor der Norden nicht endlich (bereits in der Uruguay-Runde angekündigte) Zugeständnisse im Bereich der Agrarsubventionen macht (Chorev & Babb 2009: 477). Dies hängt in nicht unwesentlichem Maße damit zusammen, dass seit den späten 1990ern die Proteste gegen neoliberale Globalisierung die Delegierten dieser Länder entsprechend unter Druck gesetzt haben bzw. diese sich die Position der globalisierungskritischen Protestbewegung zu Eigen gemacht haben

(Rucht 2002b: 60). Die Länder des Nordens wichen jedoch nicht von ihrer (in der Uruguay-Runde erfolgreichen) Position ab, nur ein an den Interessen „ihrer“ Unternehmen orientiertes Verhandlungspaket abschließen zu wollen. Unter der Hand beschwerten sich manche, die Delegierten des Südens wären von Demonstrierenden und NGOs aufgehetzt worden (Jawara & Kwa 2003; Ziai 2007 Kap. 8). Offenbar hat die globale Protestbewegung seit 2001 erfolgreich weitere Liberalisierungsabkommen im Rahmen der WTO verhindert. Allerdings wurden stattdessen im gleichen Zeitraum durchaus bilaterale oder regionale Freihandelsabkommen abgeschlossen.

Im Unterschied zu den Reformprozessen ist die Verhinderung eines Ausbaus der neoliberalen Globalisierung uneingeschränkt als Erfolg der Bewegung zu werten. Bei den Reformprozessen müsste noch genauer untersucht werden, inwiefern die erreichten Fortschritte gegen die Prozesse der Kooptation und Befriedung von Bewegungsakteuren und NGOs aufzuwiegen sind (s. hierzu auch Anderl 2017). Diese Prozesse, speziell die Einbindung von NGOs in ein Regime der Global Economic Governance, können als Transformation von Staatlichkeit analysiert werden (s. Brand u.a. 2001). Manche NGOs fragen dabei (in militärischem Vokabular, aber durchaus selbstkritisch), ob in dem Fokus auf die kleinen Scharmützel der Reformen der große Krieg um globale Gerechtigkeit nicht verloren geht (Bendana 2006: 4).

Postkoloniale Perspektive: kritische Nachfragen

Wenn das Hauptanliegen einer postkolonialen Perspektive in der Untersuchung kolonialer Kontinuitäten besteht¹⁷, so ist auch im Hinblick auf die globalisierungskritische Protestbewegung die Frage zu stellen, inwiefern sie von globalen Machtasymmetrien und Konstruktionen des Anderen aus der Epoche des Kolonialismus geprägt ist.

Eine systematische Untersuchung dieser Frage kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. In der Literatur finden sich (meist eher anekdotische) Hinweise. Einige bejahen die Frage, unter Hinweis auf die deutliche Überrepräsentanz von weißen Westeuropäer_innen im Europäischen Sozialforum (Maeckelbergh 2009: 134), die Kooptation von globalisierungskritischen Gruppen durch kapitalistische Eliten (Young 2014: 381, s. auch Anderl 2017) oder den Ausschluss des radikalen Netzwerks von Gruppen of Colour „Wretched of the Earth“ vom People’s Climate March of Justice and Jobs in London 2015 (Görllich & Habermann 2018: 321f). Andere verweisen darauf, dass im Rahmen des WSF und insbesondere bei PGA (Habermann 2014)

17 Kerner 2012; Conrad u.a. 2013; Castro Varela & Dhawan 2015; Ziai 2016.

explizit darauf geachtet wurde, eine Dominanz nördlicher Akteure zu verhindern. Eine Vermeidung von Paternalismus im Nord-Süd-Kontext wurde auch sichtbar an dem Zitat der Aborigine-Aktivistin Lilla Watson, das dem PGA-Manifest vorangestellt wurde: „Wenn Du nur kommst, um mir zu helfen, dann verschwendest Du Deine Zeit. Wenn Du aber kommst, weil Deine Befreiung mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammen arbeiten!“ (zit. n. Habermann 2014: 46)

An dieser Stelle soll lediglich eine Fallstudie näher beleuchtet werden: die internationale Kampagne zum Schuldenerlass unter dem Namen „Jubilee“ bzw. „Erlassjahr“. Diese erreichte eine Mobilisierung von Millionen von Menschen für einen Schuldenerlass der Trikontländer v.a. im Vorfeld der G8-Gipfel von Köln 1999 und Gleneagles 2005, die einen teilweisen Schuldenerlass hochverschuldeter Niedrigeinkommensländer erreichte (Keet 2000; Kaiser 2014). Dieser war, wie oben ausgeführt, verknüpft mit einer Reform der Strukturanpassungsprogramme und gilt gemeinhin als einer der wichtigen Erfolge der globalen Protestbewegung. Allerdings kam es im Verlauf dieser Kampagne zu einem Konflikt und letztlich einer Abspaltung unter dem Namen „Jubilee South“.

Diese entstand aufgrund inhaltlicher Differenzen zwischen den beteiligten (meist bewegungsnahen) Organisationen im Süden und den tendenziell eher auf professionelle Lobbyarbeit ausgerichteten im Norden. Erstere erhoben dabei weit radikalere Forderungen: auf dem regionalen Treffen der afrikanischen Kampagnen in Accra im April 1998 forderten sie die Einstellung der Schuldendienstzahlungen und Reparationen für Sklavenhandel, Kolonialismus und Neokolonialismus. Auf dem Treffen der lateinamerikanischen und karibischen Kampagnen in Tegucigalpa im Januar 1999 wurde auch von der historischen Schuld des Nordens, nicht des Südens gesprochen (Keet 2000: 463). Daraus ergab sich der Slogan „don't owe, won't pay“: „wir schulden nichts und werden nicht zahlen“. Überhaupt wurde die Legitimität der Schulden grundsätzlich in Frage gestellt und von vielen Kampagnen des Südens ein vollständiger, bedingungsloser Schuldenerlass gefordert. Auch reiche ein Schuldenerlass nicht aus und das Ungleichheit und Armut produzierende Weltwirtschaftssystem gehöre auf den Prüfstand (Collins 1999: 420f; Bendana 2006: 8f; Somers 2014: 88).¹⁸

Diese Forderungen, die auf dem einzigen gemeinsamen internationalen Kampagnentreffen in Rom 1998 deutlich artikuliert worden waren, wurden in der Folge jedoch von den beteiligten Organisationen aus dem Norden zugunsten von deutlich moderateren Forderungen nach Schuldenreduktion und Schuldenerlass übergangen bzw. allenfalls als Drohkulisse gegenüber

18 S. auch <http://www.jubileesouth.net/>, letzter Aufruf: 2.9.2020.

Gläubigerinstitutionen benutzt, um moderatere Forderungen durchzusetzen (Keet 2000: 462f; Somers 2014: 89). Das Fehlen einer Struktur der internationalen Jubilee 2000 Kampagne ermöglichte dabei eine Dominanz der nationalen Kampagnen mit den meisten Ressourcen (die aus dem Norden, v.a. Großbritannien und Deutschland). Der Vorschlag eines demokratisch konstituierten International Steering Committee wurde von der britischen Kampagne als utopisch abgelehnt. Letztlich wurden so auf informelle Weise die Kampagnenziele von den Akteuren des Nordens definiert (was auch von einem Teil dieser Akteure zugegeben wurde) (Somers 2014: 85).

Im Kontext des Kölner G8-Gipfels übernahmen auch manche der Nord-NGOs die Rhetorik von Weltbank und IWF hinsichtlich der „Schuldentragfähigkeit“ und versuchten eine Verbesserung der HIPC-Entschuldungsinitiative zu erreichen – die aber eine Entschuldung nur für 21 der ärmsten Länder vorsah und zudem an Strukturanpassungsaufgaben knüpfte. Besonders deutlich wurde die Distanz in der diskursiven Rahmung des Schuldenthemas zwischen Nord und Süd auf dem Kölner Gipfel selbst: anstatt des „don't owe, won't pay“ trugen einige Erlassjahr-Anhänger_innen auf dem T-Shirt den Spruch „Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben Afrika seine Schulden“ (pers. Erfahrung). Die auf dem Gipfel beschlossene Entschuldungsinitiative beinhaltete die lang kritisierte Koppelung an neoliberale Politiken ebenso wie an eine Entscheidung der IFI, ob die von der Regierung vorgesehenen Armutsbekämpfungsstrategien sinnvoll seien. Die bedingt positive Einschätzung dieser Initiative durch die britische Kampagnendirektorin gegenüber den Medien war nicht mit den Kampagnen des Südens abgesprochen und wurde als bevormundend wahrgenommen (Somers 2014: 86).¹⁹ Auf der Grundlage der Erfahrung, dass ihre Forderungen in der internationalen Jubilee-Kampagne nicht ernst genommen und verwässert wurden, kam es daher im Oktober 1999 zur Gründung von Jubilee South durch etwa 150 Aktivist_innen aus dem Trikont (Ambrose 2005: 275).

Zwar ist zu bedenken, dass es bei diesem Konflikt auch um einen zwischen radikalen sozialen Bewegungen und bewegungsnahen Organisationen auf der einen und professionellen, auf Lobbyarbeit setzende NGOs ging, aber die Dominanz und der Paternalismus von Akteuren des Nordens gegenüber Akteuren des Südens in der Erlassjahrkampagne ist aus postkolonialer Perspektive auch als eine koloniale Kontinuität zu interpretieren. Auch wenn dieser Fall nicht ohne weiteres als repräsentativ für die

¹⁹ Interessant ist in diesem Kontext, dass sich betreffende Person als Leiterin der Jubilee 2000 Kampagne präsentiert („I led a campaign, Jubilee 2000,...“ <https://www.annpettifor.com/about/>, letzter Aufruf: 2.9.2020).

globalisierungskritische Protestbewegung als Ganzes gelten kann, so wird doch deutlich, dass auch unter dem Slogan, „eine andere Welt“ sei möglich, bisweilen Machtverhältnisse auf der existierenden, kolonial geprägten Welt reproduziert werden können.

Fazit

Am Ende dieses Beitrags sollte deutlich geworden sein, dass die Analogie zu Trump der Bewegung gegen neoliberale Globalisierung in keiner Weise gerecht wird. Selbst gegenüber früheren internationalistischen Bewegungen zeichnet sie sich durch ein stärker basisdemokratisch und anarchistisch geprägtes Politikverständnis aus. Sie hat (auch in der hier vorliegenden und nicht umfassenden Darstellung) eine beeindruckende Reihe an Reformen in den Institutionen der globalen politischen Ökonomie angestoßen und ein weiteres Vorantreiben der neoliberalen Globalisierung in wichtigen Punkten verhindert – und nebenbei bei den beteiligten Menschen zu vielfältigsten Erfahrungen, Reflexions- und Politisierungsprozessen geführt. Allerdings ist auch sie nicht gänzlich frei von neokolonialen Dominanzverhältnissen zwischen Akteuren des Nordens und des Südens. Und sicher ist bei der Würdigung ihrer Erfolge gleichzeitig zu bedenken, inwiefern Reformen auch oft der Demobilisierung und Befriedung sozialer Bewegungen durch herrschende Klassen und Institutionen dienen. Dennoch sollte dies nicht hindern, die erreichten Zugeständnisse durchaus auch als Erfolge der Bewegung zu deuten, zumindest wenn wir David Grabers Verständnis folgen:

„[...] es gibt keine klaren Brüche in der Geschichte. Die Kehrseite einer Vorstellung von klaren Brüchen, vom dem einen Augenblick, wenn der Staat fällt und der Kapitalismus besiegt ist, ist, dass alle Änderungen außer dieser einen überhaupt keinen Sieg darstellen. [...] Das ist in meinen Augen absurd. [...] Vermutlich wird jeder Weg, der tatsächlich zu einer Revolution führt, mit unzähligen Momenten der Kooptation, mit unzähligen siegreichen Kampagnen, mit unzähligen kleinen, aufständischen Augenblicken – oder auch mit Zeiten von Flucht und verborgener Autonomie einhergehen.“ (Graeber 2007: 407)

Revolution im Sinne einer grundlegenden emanzipativen gesellschaftlichen Veränderung, die auch bedeutet, „den Alltag von jeder einzelnen von uns zu verändern“ (A. Titze),²⁰ ist dann als Summe von vielen einzelnen sozialen Kämpfen, Reformen und unvollständigen Fortschritten zu verstehen, nicht mehr als Wendepunkt der Geschichte, der alle Machtverhältnisse verschwinden lässt (Gibson-Graham 2006 [1996]; Redaktion Alaska 1998) – als „work in progress“.

20 S. hierzu auch den *cultural-politics*-Ansatz, Escobar & Alvarez 1992.

Literatur

- Abramsky, Kolya (Hg.) (2001): *Restructuring and Resistance. Diverse Voices of Struggle in Western Europe*. Ohne Ortsangabe.
- Ambrose, Soren (2005): „Social Movements and the Politics of Debt Cancellation“. In: *Chicago Journal of International Law*, Bd. 6, Nr. 1, S. 267-286.
- Anand, Anita; Arturo Escobar; Jai Sen & Peter Waterman (Hg.) (2004): *Eine andere Welt. Das Weltsozialforum*. Berlin.
- Ancelovici, Marcos (2002): „Organizing against Globalization: The Case of ATTAC in France“. In: *Politics & Society*, Bd. 30, Nr. 3, S. 427-463 (<https://doi.org/10.1177/0032329202030003003>).
- Anderl, Felix (2017): „Protest – Öffnung – Wandel? Transnationale Advocacy-Netzwerke in der ‚geöffneten‘ Gelegenheitsstruktur“. In: Daphi, Priska; Nicole Deitelhoff; Dieter Rucht & Simon Teune (Hg.): *Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*, S. 93-116 (<https://doi.org/10.5771/9783845288413-92>).
- Andretta, Massimiliano; Donatella della Porta; Lorenzo Mosca & Herbert Reiter (2003): *No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung*. Frankfurt a.M.
- Atac, Ilker; Albert Kraler; Wolfram Schaffar & Aram Ziai (Hg.) (2018): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*. Wien.
- Attac (2002): „Zum Selbstverständnis von Attac: Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung – 8 Thesen“. In: Attac Deutschland 2002, S. 12-17.
- Attac Deutschland (Hg.) (2002): *Eine andere Welt ist möglich!* Hamburg.
- Baldwin, Richard, & Simon Evenett (Hg.) (2011): *Next Steps: Getting Past the Doha Round Crisis*. London.
- Bendana, Alejandro (2006): *NGOs and Social Movements. A North/South Divide?* Civil Society and Social Movements Programme Paper No. 22. Genf.
- Bewernitz, Torsten (2002): *Global x. Kritik, Stand und Perspektiven der Antiglobalisierungsbewegung*. Münster.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2002): *Schuldenerlasse für die ärmsten Länder*. BMZ-Spezial Nr. 41. Bonn.
- Boehme, Nele, & Heike Walk (2002): „Globalisierung von unten: Transnationale Netzwerke in Aktion“. In: Walk & Boehme 2002, S. 9-24.
- Brand, Ulrich (2002): „Glokaler Widerstand: Die zapatistische Suche nach neuen Formen radikaler Politik“. In: Walk & Boehme 2002, S. 119-142.
- Brand, Ulrich (2005): *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg.
- Brand, Ulrich, & Ana Esther Ceceña (Hg.) (2000): *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster.
- Brand, Ulrich; Alex Demirović; Christoph Görg & Joachim Hirsch (Hg.) (2001): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster.
- Brunnengräber, Achim (2006): „New Global Opposition“ – oder was wirklich neu ist an den globalisierungskritischen Bewegungen“. In: Marchart & Weinzierl 2006, S. 16-34.
- BUKO – Bundeskoordination Internationalismus (Hg.) (2003): *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*. Berlin.
- Castro Varela, María do Mar, & Nikita Dhawan (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. 2. Aufl., Bielefeld.
- Chang, Ha Joon (2003): *Kicking away the Ladder. Development Strategy in Historical Perspective*. London (<https://doi.org/10.1080/1360081032000047168>).
- Chossudovsky, Michel (2002): *Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg*. Frankfurt a.M.

- Chorev, Nitsan, & Sarah Babb (2009): „The Crisis of Neoliberalism and the Future of International Institutions: A Comparison of the IMF and the WTO“. In: *Theory and Society*, Bd. 38, Nr. 5, S. 459-484 (<https://doi.org/10.1007/s11186-009-9093-5>).
- Clark, Dana; Jonathan Fox & Kay Treakle (Hg.) (2003): *Demanding Accountability. Civil-Society Claims and the World Bank Inspection Panel*. Lanham.
- Collins, Carole (1999): „Break the Chains of Debt!‘ International Jubilee 2000 Campaign Demands Deeper Debt Relief“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 26, Nr. 81, S. 419-422 (<https://doi.org/10.1080/03056249908704406>).
- Conrad Sebastian; Shalini Randeria & Regina Römhild (Hg.) (2013): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. 2. Aufl., Frankfurt a.M.
- Cornia, Giovanni Andrea; Richard Jolly & Frances Stewart (Hg.) (1987): *Adjustment with a Human Face. Protecting the Vulnerable and Promoting Growth*. Oxford.
- Craig, David, & Doug Porter (2005): „The Third Way and the the Third World: Poverty Reduction and Social Inclusion Strategies in the Rise of ‚Inclusive‘ Liberalism“. In: *Review of International Political Economy*, Bd. 12, Nr. 2, S. 226-263 (<https://doi.org/10.1080/09692290500105524>).
- Danaher, Kevin (1994): *50 Years is Enough. The Case against the World Bank and the International Monetary Fund*. Boston, US-MA.
- Daniel, Caitlin; Kristen Genovese; Mariette van Huijstee & Sarah Singh (Hg.) (2016): *Glass Half Full? The State of Accountability in Development Finance*. Amsterdam.
- De Angelis, Massimo (2005): „Zapatismo‘ and Globalisation as Social Relations“. In: *Humboldt Journal of Social Relations*, Bd. 29, Nr. 1, S. 179-203.
- Dunkley, Graham (2000): *The Free Trade Adventure. The WTO, the Uruguay Round and Globalism – A Critique*. London.
- Eberlei, Walter, & Thomas Siebold (2002): *Armutsbekämpfung in Afrika. Neue Ansätze oder alte Konzepte?* Duisburg.
- Escobar, Arturo, & Sonia E. Alvarez (Hg.) (1992): *The Making of Social Movements in Latin America. Identity, Strategy, and Democracy*. London & New York, US-NY.
- Fischer, Christiane (2003): „Die Armen bleiben außen vor. Die Zugeständnisse der Industrieländer beim Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten nutzen den ärmsten Ländern wenig“. In: WEED – World Economy, Ecology & Development (Hg.): *Die Regeln der Reichen. Handels- und Investitionspolitische Report 2003*. Bonn & Berlin, S. 26-28.
- Fischer, Karin, & Susan Zimmermann (Hg.) (2008): *Internationalismen. Transformation weltweiter Ungleichheit im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien.
- Foitzik, Andreas, & Athanasios Marvakis (Hg.) (1997): *Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche*. Hamburg.
- Fox, Jonathan, & David L. Brown (Hg.) (1998): *The Struggle for Accountability. The World Bank, NGOs, and Grassroots Movements*. Cambridge, US-MA.
- Frein, Michael, & Jürgen Reichel (2000): „Welthandel, Patente und Menschenrechte. Menschenrechtliche Implikationen des TRIPS-Abkommens in der WTO“. In: *epd*, Nr. 20/2000, S. 25-29
- Frein, Michael, & Tobias Reichert (2003): *Durch die Wüste zu neuen Ufern? Von Doha nach Cancun: Auf der Suche nach der Entwicklungsagenda der WTO*. Bonn.
- Fues, Thomas (2005): „Gefragt ist jetzt die Richtlinienkompetenz des Kanzlers“. In: *Zeitschrift für Entwicklungspolitik*, Nr. 6/2005, S. 20.
- Gibson-Graham, J.K. (2006 [1996]): *The End of Capitalism (as we Knew it). A Feminist Critique of Political Economy*. 2. Aufl., Minneapolis, US-MN.

- Görlich, Wilm, & Friederike Habermann (2018): „Transnationale soziale Bewegungen: Die Reproduktion von Ungleichheit in Theorien und Praktiken globaler zivilgesellschaftlicher Politik“. In: *Atac* u.a. 2018, S. 321-333.
- Graeber, David (2002): „Reinventing Democracy“. In: *In These Times*, 19.2.2002, <https://inthesetimes.com/article/reinventing-democracy>, letzter Aufruf 10.3.2021.
- Graeber, David (2007): „The Shock of Victory“. In: *Sen 2018b*, S. 393-409.
- Grefe, Christiane; Matthias Greffrath & Harald Schumann (2002): *Atac – Was wollen die Globalisierungskritiker?* Berlin.
- Habermann, Friederike (2014): *Geschichte wird gemacht. Etappen des globalen Widerstands*. Hamburg.
- Hersel, Philipp (2003): „Internationale Insolvenzregelungen“. In: WEED – World Economy, Ecology & Development (Hg.): *Die Umverteilungsmaschine – Finanzmärkte und Verschuldung. Fakten – Analysen – Alternativen*. Bonn & Berlin, S. 47-52.
- Hierlmeier, Josef (2002): *Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua*. Stuttgart.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*. Münster.
- Horta, Korinna (2015): „Forests under Threat from Weakened World Bank Social, Environmental Safeguards“. In: *Development Today*, 7.7.2015.
- Huffschmid, Jörg (2002): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg.
- Jawara, Fatoumata, & Eileen Kwa (2003): *Behind the Scenes at the WTO: The Real World of International Trade Negotiations*. London.
- Jenkes, Claudia (2000): „Rechtsstreit in Südafrika“. In: *Pharma-Brief*, Nr. 9-10/2000, S. 4.
- Jetin, Bruno (2012): „The Tobin Tax“. In: Juergensmeyer, Mark, & Helmut K. Anheier (Hg.): *Encyclopaedia of Global Studies*. London, <https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-02020052/document>, letzter Aufruf: 2.9.2020.
- Jubilee Debt Campaign (2015): *How Europe Cancelled Germany's Debt*. Briefing Januar 2015.
- Kaiser, Jürgen (2014): „15 Jahre Kölner Schuldeninitiative“. In: *Erlassjahr & Kindernothilfe* (Hg.): *Schuldenreport 2014*, Düsseldorf, S. 23-28, https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/03/Schuldenreport_2014.pdf, letzter Aufruf: 10.3.2021.
- Kastner, Jens (2011): *Alles für Alle! Zapatismus zwischen Sozialtheorie, Pop und Pentagon*. Münster.
- Keet, Dot (2000): „The International Anti-Debt Campaign: A Southern Activist View for Activists ‚in the North‘ ... and ‚the South““. In: *Development in Practice*, Bd. 10, Nr. 3-4, S. 461-477 (<https://doi.org/10.1080/09614520050116613>).
- Kellermann, Christian (2006): Die Organisation des Washington Consensus. Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur. Bielefeld (<https://doi.org/10.14361/9783839405536>).
- Kerkeling, Luz (2006): *La Lucha Sigue! EZLN – Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands*. 2. Aufl., Münster.
- Kerner, Ina (2012): *Postkoloniale Theorien zur Einführung*. Hamburg.
- Klein, Naomi (2003): *Über Zäune und Mauern. Berichte von der Globalisierungsfront*. Frankfurt a.M.
- Kobrin, Stephen J. (1998): „The MAI and the Clash of Globalizations“. In: *Foreign Policy*, Nr. 112, S. 97-109 (<https://doi.org/10.2307/1149038>).
- Köbler, Reinhart, & Henning Melber (2002): *Globale Solidarität? Eine Streitschrift*. Frankfurt a.M.
- Kolb, Felix (2007): *Protest and Opportunities. The Political Outcomes of Social Movements*. Frankfurt a.M.
- Krueger, Anne (2002): *A New Approach to Sovereign Debt Restructuring* (<https://doi.org/10.5089/9781589061217.054>).
- Lal Das, Bhagirath (1998): *An Introduction to the WTO Agreements*. Penang.

- Marchart, Oliver, & Hubert Weinzierl (Hg.) (2006): *Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme*. Münster.
- Maeckelbergh, Marianne (2009): *The Will of the Many: How the Alterglobalisation Movement is Changing the Face of Democracy*. London.
- May, Christian; Andreas Nölke & Tobias ten Brink (2014): „Institutionelle Determinanten des Aufstiegs großer Schwellenländer: Eine global-politökonomische Erweiterung der Vergleichenden Kapitalismusforschung“. In: Müller, Franziska; Elena Sondermann; Ingrid Wehr; Cord Jakobeit & Aram Ziai, (Hg): *Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen*. Baden-Baden, S. 67-94 (https://doi.org/10.5771/9783845250298_72).
- McDonald, Jan (1998): „The Multilateral Agreement on Investment: Heyday or MAI-Day for Ecologically Sustainable Development?“. In: *Melbourne University Law Review*, Bd. 22, Nr. 3, S. 617-656, <http://classic.austlii.edu.au/au/journals/MelbULawRw/1998/28.html>, letzter Aufruf: 10.3.2021.
- Mertes, Tom (Hg.) (2002): *A Movement of Movements. Is Another World Really Possible?* London.
- Mies, Maria (2001): *Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne*. Hamburg.
- Mies, Maria, & Claudia von Werlhof (Hg.) (1998): *Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen „MAI“*. Globalisierung der Konzernherrschaft – und was wir dagegen tun können. Zürich.
- Mies, Maria, & Claudia von Werlhof (1998a): „Vorwort“. In: Mies & Werlhof 1998, S. 7-9.
- Mies, Maria, & Claudia von Werlhof (1998b): „Der internationale Widerstand“. In: Mies & Werlhof 1998, S. 12-25.
- Muñoz Ramirez, Gloria (2004): *EZLN: 20+10. Das Feuer und das Wort*. Münster.
- Notes from Nowhere (Hg.) (2007): *Wir sind überall. Weltweit. Unwiderstehlich. Antikapitalistisch*. Hamburg.
- O’Brien, Robert; Anne Marie Goetz; Jan Aart Scholte & Marc Williams (2000): *Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*. Cambridge (<https://doi.org/10.1017/CBO9780511491603>).
- Pereira, Alessandro Eugenio; Rodrigo Rossi Horochovski; Mariana Mettos de Almeida Cruz & Noeli Rodrigues (2017): „Accountability in International Organizations: The Case of the World Bank Inspection Panel (1993-2015)“. In: *Brazilian Political Science Review*, Bd. 11, Nr. 1, S. 1-28 (<https://doi.org/10.1590/1981-3821201700010002>).
- REDaktion (Hg.) (1997): *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln.
- Redaktion Alaska (1998): „150° West 60° Nord. Eine Standortbestimmung jenseits vom neuen Internationalismus“. In: *alaska*, Nr. 223, S. 8-14.
- Rucht, Dieter (2002a): „Von Seattle nach Genua – Event-hopping oder neue soziale Bewegung?“. In: *Attac Deutschland 2002*, S. 50-56.
- Rucht, Dieter (2002b): „Rückblicke und Ausblicke auf die globalisierungskritischen Bewegungen“. In: *Walk & Boehme 2002*, S. 57-82.
- Ruggiero, Vincenzo (2002): „Attac: A Global Social Movement?“. In: *Social Justice*, Bd. 29, Nr. 1-2, S. 48-60.
- SAPRIN – Structural Adjustment Participatory Review International Network (2004): *Structural Adjustment: The SAPRI Report. The Policy Roots of Economic Crisis, Poverty and Inequality*. London.
- Schaaber, Jörg (2001): „Industrie in der Defensive. Prozess um AIDS-Mittel in Südafrika zeigt Folgen“. In: *BUKO Pharma-Brief*, Nr. 2-3/2001, S. 1-3
- Schäfer, Dustin (2019): „Entwicklungspolitisch verursachter Vertreibung begegnen. Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Rechenschaftspflicht am Beispiel des Inspection

- Panels der Weltbank“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 154/155, S. 166-187 (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i2.03>).
- Schneider, Ann-Kathrin (2002): „Staatsinsolvenz oder CACs? Gläubiger und Schuldner müssen gleichgestellt werden“. In: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Nr. 10/02, S. 5.
- Sen, Jai (Hg.) (2018a): *The Movement of Movements. Part 1: What makes us move?* Oakland, US-CA, & Neu-Delhi.
- Sen, Jai (Hg.) (2018b): *The Movement of Movements. Part 2: Rethinking our Dance*. Oakland & Neu-Delhi.
- Shihata, Ibrahim (2000): *The World Bank Inspection Panel: In Practice*. Oxford.
- Soendergaard, Nils (2020): „New Lines Within European Civil Society Mobilizations Against The TTIP“. In: *New Political Economy*, Bd. 25, Nr. 2, S. 284-299 (<https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598958>).
- Somers, Jean (2014): „The Dynamics of South/North Relationships within Transnational Debt Campaigning“. In: *Interface*, Bd. 6, Nr. 2, S. 76-102.
- Spahn, Paul Bernd (2002): *Zur Durchführbarkeit einer Devisenumsatzsteuer*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Ohne Ortsangabe.
- Sparr, Pamela (Hg.) (1994): *Mortgaging Women's Lives. Feminist Critiques of Structural Adjustment*. London.
- Steinhilper, Elias, & Felix Anderl (2018): „Globale soziale Bewegungen? Einführung in die Transnationalisierung und Lokalisierung von Protest“. In: Atac u.a. 2018, S. 306-320.
- Stiglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung*. Bonn.
- Tielemann, Katja (1999): *The Failure of the Multilateral Agreement on Investment (MAI) and the Absence of a Global Public Policy Network*. Case Study for the UN Vision Project on Global Public Policy Networks, <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.627.7992&rep=rep1&type=pdf>, letzter Aufruf: 10.3.2021.
- Trzeciak, Miriam, & Anna-Maria Meuth (2013): „„Tod@s somos iguales – tod@s somos diferentes“ – Widerstandsperspektiven von zapatistischen Frauen“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 129, S. 58-78.
- Van Putten, Martje (2008): *Policing the Banks. Accountability Mechanisms for the Financial Sector*. Montreal, CA-QC, & Kingston, CA-ON.
- Wahl, Peter (2014): *The European Civil Society Campaign on the Financial Transaction Tax*. Global Labour University Working Paper No. 20. Genf (<https://doi.org/10.15173/glj.v6i3.2321>).
- Walk, Heike, & Nele Boehme (Hg.) (2002): *Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*. Münster.
- Waterman, Peter (2001): *Globalization, Social Movements and the New Internationalisms*. London & New York, US-NY (<https://doi.org/10.1002/9781444397529>).
- Wichterich, Christa (1998): *Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit*. Reinbek.
- World Bank Inspection Panel (2009): *Accountability at the World Bank. The Inspection Panel at 15 Years*. Washington D.C.
- World Development Movement (2001): *Policies to Roll-back the State and Privatize? Poverty Reduction Strategy Papers Investigated*. UNU, WIDER discussion paper No. 2001/120 (<https://doi.org/10.1136/bmj.323.7305.120>).
- Young, Robert (2014): „From the Anti-Colonial Movements to the New Social Movements“. In: Nicolaidis, Kalypso; Berny Sèb & Gabrielle Maas (Hg): *Echoes of Empire. Memory, Identity and Colonial Legacies*. London, S. 373-382.
- Ziai, Aram (2007): *Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung*. Münster.

- Ziai, Aram (2012): „The Rise and Fall of the SDRM Proposal in the IMF: Competing Theoretical Perspectives on Power in the Global Political Economy“. In: *Hamburg Review of Social Sciences*, Bd. 7, Nr. 1, S. 1-25.
- Ziai, Aram (Hg.) (2016): *Postkoloniale Politikwissenschaft*. Bielefeld.
- Ziai, Aram (2018): „Internationalism and Speaking for Others: What Struggling against Neoliberal Globalization has Taught me about Epistemology“. In: Reiter, Bernd (Hg.): *Constructing the Pluriverse. The Geopolitics of Knowledge*. Durham, US-NC, S. 117-134.
- Ziai, Aram (2016): „The World Bank Inspection Panel in Ghana: Civil Society Protest and the Glocalization of Accountability“. In: *Journal of Poverty Alleviation and International Development*, Bd. 7, Nr. 1, S. 39-65.

Anschrift des Autors

Aram Ziai

ziai@uni-kassel.de